

DIE LINKE
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden

Telefon 0351 – 488 2822

Telefax 0351 – 488 2823

E-Mail fraktion@dielinke-dresden.de

Web www.linke-fraktion-dresden.de

Antrag Nr.: A0031/20

Datum: 23.01.2020

A N T R A G

Fraktion DIE LINKE.

Gegenstand:

Elektrokleinstfahrzeuge in Dresden

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Kooperationsvereinbarungen mit den E-Scooter Anbietern LimeBike Germany GmbH, VOI Technology und weiteren so zu qualifizieren, dass
 - a) Probleme vom Anbieter in der Betriebszeit innerhalb von zwei Stunden behoben werden. Darunter fallen vor allem falsch abgestellte Roller, die eine Gefährdung für den Fuß-, Rad- und Autoverkehr darstellen.
 - b) das Abstellen von Rollern im öffentlichen Straßenraum nur an festgelegten, räumlich begrenzten Stationen (Sammelstellen) zulässig ist.
 - c) die Anzahl der maximal zulässigen E-Scooter auf 1000 reduziert wird und somit im Gebiet 1 maximal 150 Roller zulässig sind, im Gebiet 2 350 Roller und im Gebiet 3 500 Roller
2. Kooperationsvereinbarungen mit weiteren Anbietern sind dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften vorzulegen.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ordnungsrechtliche Möglichkeiten zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Ordnung und Sicherheit durch E-Roller zu prüfen und hierüber dem Stadtrat bis zum 30.04.2020 zu berichten.

Beratungsfolge	<i>Plandatum</i>		
Ältestenrat	03.02.2020	nicht öffentlich	beratend
Dienstberatung des Oberbürgermeisters	11.02.2020	nicht öffentlich	zur Information
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften	05.02.2020	nicht öffentlich	beratend
Stadtrat	05.03.2020	öffentlich	beschließend

Begründung:

Im August 2019 wurden Kooperationsvereinbarungen mit den E-Scooter-Anbietern LimeBike Germany GmbH und VOI Technology zur Verwendung und zum Betreiben von E-Scooter-Sharing-Modellen in Dresden abgeschlossen. Vor allem die hohe Anzahl und achtlos abgestellte Roller bedeuten seitdem einen Eingriff in die Verkehrssicherheit. Mit der hier angestrebten Maximalanzahl von Rollern sowie der Einrichtung von Sammelstellen, an denen die Roller abgestellt werden können, sollen die Gefahren durch achtlos liegen gelassene Roller minimiert werden.

Aus einem Brief des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes an den Verkehrsminister geht außerdem hervor, dass die chaotische Lage der E-Roller in den Kommunen eine Zumutung für Menschen mit Behinderung darstellt. Darin heißt es, dass nicht nur Menschen in Rollstühlen oder Rollatoren, aber auch Familien mit Kinderwagen häufig gezwungen sind, auf die Straße auszuweichen. Für blinde Menschen sind die auf den Gehwegen stehenden Roller ein gefährliches Hindernis.

Mit Punkt 3 des Antrages soll ein weiterer Schritt dahingegangen werden, die derzeitig unübersichtliche Lage und den Umgang mit E-Rollern so zu verändern, dass das Nutzen der Gehwege keine Zumutung mehr darstellt und die Gefährdung des Verkehrs durch E-Roller wieder gesenkt wird.

André Schollbach
Fraktion DIE LINKE

Anlagenverzeichnis:

-